

# Quo vadis, Europa? Europa am Scheideweg

Ruth Wodak

Vielerorts steigt der Unmut mit ‚der EU‘, laut hörbar unter Bekannten, Freund\*innen, in den Medien, bei Kommentator\*innen und auch bei manchen Politiker\*innen. Warum macht *die* EU nichts gegen die Corona-Pandemie? Wo bleibt *die* EU in der sogenannten ‚Flüchtlingsfrage‘? Warum hilft *die* EU nicht den von der Corona-Krise besonders betroffenen Ländern? Warum greift *die* EU nicht ein, bei Verletzungen der vertraglich festgelegten Grundrechte, etwa in Ungarn oder in Polen? Usw. usw. Viele Fragen lesen und hören wir. Viel Ärger, Wut und Unzufriedenheit kommen zum Vorschein. Und viel zu wenige differenzierte und faktenbasierte Antworten.

Zweifellos könnte sich die Kommissionspräsidentin Ursula van der Leyen lauter und schneller zu manchen akuten Problemen äußern. Die Corona-Krise ist ja schließlich nicht die erste – und sicher auch nicht die letzte – Krise, mit der die [EU konfrontiert](#) ist. Allerdings, wenn man die Diskurse über vergangene nationale, europäische oder globale Krisen seit Bestehen der EU bzw. EWG genau analysiert, wie beispielsweise in der Zeit des Kalten Krieges (Ungarn 1956, CSSR 1968, Polen 1981) oder in Bezug auf die Folgen von 9/11, den Bankencrash, die Finanzkrise 2008 oder die weltweite Flüchtlingsbewegung 2015/16, so wird deutlich, dass [nationalstaatliche Perspektiven](#) dominieren, ja sogar traditionelle ideologische Konflikte (etwa zwischen links und rechts) an den Rand drängten. „Has the Corona-Virus brought back the nation-state?“ fragt diesbezüglich pointiert der Politikwissenschaftler [Jan Zielonka](#) in einem Beitrag zur Plattform *Social Europe*.

Ähnlich verhielt es sich zumeist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament – im übrigen die einzige Möglichkeit der Mitbestimmung, die uns europäischen Bürger\*innen verbleibt: meist werden innerstaatliche Konflikte bei dieser Wahl ausgetragen, nicht bestimmte Programme oder Richtungen gewählt, in die sich die Europäische Union entwickeln sollte und wo das europäische Parlament tatsächlich eingreifen könnte. Nationalstaatliche Interessen bestimmen also nicht erst jetzt die Möglichkeiten *der* EU, sondern der Widerspruch zwischen transnationalen Institutionen und Nationalstaaten ist schon immer inhärent in der Konzeption der EU angelegt.

Offensichtlich wissen nur wenige tatsächlich über das sehr komplexe [Institutionen- und Entscheidungsgeflecht](#) Bescheid. Wenige scheinen auch darüber informiert zu sein, dass die Regierungschef\*innen im Europäischen Rat das letzte Sagen haben und jederzeit ein einziges Veto Entscheidungen blockieren kann, sei es über das Haushaltsbudget, über die Sanktionen gegen ein Mitgliedsland, das die Verträge verletzt hat, oder über die Koordination der Aufteilung von Flüchtlingen. Und selbst wenn, so mussten wir erfahren, endlich Entscheidungen getroffen wurden (wie beispielsweise über die Verteilung von Flüchtlingen), kann *die* EU die Mitgliedsstaaten nicht dazu zwingen, diese zu implementieren. Derzeit beobachten wir eine populistische Hetze gegen Geflüchtete und eine Fixierung der Debatte auf Grenzen, an denen man verzweifelte Menschen um jeden Preis aufhalten möchte. Das lenkt von den Ursachen der Tragödie, von der Menschenrechtsverletzung der Asylverweigerung und von der Unfähigkeit der Europäischen Union ab, mit einem im Verhältnis zu ihrer Größe und ihrem Reichtum kleinen Problem fertig zu werden.

So haben viele erst während der Corona-Krise erfahren, dass die [Gesundheitsagenda nationalstaatlich](#) geregelt werden. Auch Asyl- und Migrations-Policies obliegen den Nationalstaaten. Die Verantwortung zum Gelingen oder Misslingen der jeweiligen [Gesundheits- und Migrationspolitik](#) liegt also bei den Mitgliedsstaaten, nicht bei der Kommission, die nur Empfehlungen aussprechen kann. Zudem haben wir gerade erlebt, dass Initiativen, wie die [Eurobonds](#) als wichtige und wirkungsvolle Rettungsmaßnahme für – aufgrund der Corona-Krise – verstärkt verschuldete Staaten von manchen solidarischen Staaten begrüßt und von anderen (vor allem Deutschland, Österreich und Holland) abgelehnt werden. Der [Brief](#), der die Empörung über das Außerkraftsetzen des ungarischen Parlaments durch Viktor Orban ausdrückt, wurde nicht von allen EU-Mitgliedsstaaten mitgetragen; übrigens von Österreich auch nicht!

Dies bestätigt die Meinung des Politikwissenschaftlers [Jan-Werner Müller](#), dass es ‚in keinem Land Westeuropas oder Nordamerikas ein Rechtspopulist ohne Hilfe ins Amt geschafft habe. Dazu hätte es stets konservative Kollaborateure aus dem Establishment gebraucht.‘ Ganz ähnlich stellt der [Politologe Cas Mudde](#) fest, dass konservative Mainstream-parteien nun offen über Einwanderung und Multikulturalismus als Bedrohung der nationalen Identität und Sicherheit diskutieren. So kann man legitimer Weise festhalten, dass die [„politische Mitte“](#) nach rechts gerückt ist, rechtspopulistische Agenden also normalisiert wurden.

Somit wiederhole und erweitere ich die im Titel gestellte Frage: [Quo vadis, Europa](#) nach der Corona-Krise? Einigen sich die Nationalstaaten nun eher langfristig auf mehr Solidarität und engere Zusammenarbeit aufgrund der rezenten Krisenerfahrungen oder igeln sich die Nationalstaaten noch mehr ein und setzen sogar langfristig ausschließlich auf eine [Wirtschaftsunion](#) zwischen unabhängigen Nationalstaaten, ohne einen vertraglich gesicherten Konsens über die Menschenrechts- und Friedensunion? Wobei, wie viele Ökonomen plausibel erklären, letzterer Weg ohne mehr Integration und Solidarität aufgrund der gegebenen transnationalen Abhängigkeiten der Wirtschaft zum Scheitern verurteilt sein wird. Natürlich gäbe es auch andere Optionen.

Gerade die Corona-Krise verlangt nach Visionen für eine Post-Corona-EU und -Welt. Grenzen wurden zwar geschlossen, doch Viren kennen keine Grenzen; die Klima-Krise übrigens auch nicht. Die wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise verlangen, so die Kommissionspräsidentin, einen neuen [„Marshall-Plan“](#) für die EU-Mitgliedsstaaten. Dies kann nur auf gemeinsamer Basis implementiert werden. Der Ökonom [Clemens Fuest](#) argumentierte recht differenziert in einem Interview in der ZIB2 (15. April 2020), dass die reichen EU Mitgliedsstaaten, wie Österreich und Deutschland, in ihren Produktionen von den ärmeren Ländern (etwa Italien und Spanien) total abhängig seien. Eine etwaige Pleite dieser Länder würde daher auch ‚uns‘ treffen. Transnationale Solidarität sei daher das Gebot der Stunde, nicht enges, rückwärtsgewandtes nationalstaatliches Denken. Ähnlich äußern sich viele [Politikwissenschaftler\\*innen](#) und [Soziolog\\*innen](#).

Die Corona-Krise machte und macht deutlich, dass heutzutage [verschiedenste Expert\\*innen](#) wieder gefragt sind (nachdem der populistische Zeitgeist stark auf eine Politik der Gefühle und die Macht des „Commonsense“ gesetzt hatte). Es bleibt zu hoffen, dass die europäischen Politiker\*innen die Einsichten aus der Krise nicht schnell über Bord werfen, sondern gezwungen sind, nachhaltige solidarische und soziale Programme zu entwickeln und

zu vereinbaren, um für neue – grenzüberschreitende – Krisen (die sicher kommen werden) gewappnet zu sein.